

Eine Kurskorrektur der westlichen Balkanpolitik wäre nötig

Der Zerfall der Sowjetunion hat mehrere bewaffnete Konflikte in der Kaukasusregion zur Folge gehabt, die aber die europäische Stabilität nicht direkt betroffen haben (was allerdings dann der Fall gewesen wäre, wenn die Türkei in den Krieg des von Armenien und auch von Russland unterstützten Nagorno-Karabach gegen Aserbeidschan eingegriffen hätte). Russland wirkte und wirkt weiterhin als „Ordnungsmacht“ in der GUS, und die europäischen Staaten (und die USA) halten sich – abgesehen von Versuchen ökonomischer Einflussnahme – weitgehend aus den Konflikten in der GUS heraus. Wegen der geografischen Distanz der Konfliktgebiete zu Europa und durch den Umstand, dass Russland die Eskalationspotenziale kontrolliert, hat das Verhalten der Nichteinmischung dazu ausgereicht, dass die Instabilität der Konfliktregionen keine unmittelbaren Auswirkungen auf Europa hatte.

Der Zerfall Jugoslawiens hat intensivere bewaffnete Konflikte und Kriege als in der

GUS mit sich gebracht. Die Staaten der NATO und der EU sahen sich gezwungen, in diese Konflikte einzugreifen. Die alte Strategie des Heraushaltens der Westmächte aus den Balkanaffären ist einer Strategie der Mitgestaltung Südosteuropas gewichen. Dabei waren humanitäre Aspekte maßgeblich, zumindest wurde das behauptet. Der Zweck der westlichen Strategie der Mitgestaltung ist das friedliche Zusammenleben der Balkanvölker in demokratischen Staaten; das Ziel dazu ist die Schwächung autoritä-

angemerkt

rer Machthaber, der Aufbau demokratischer Staatswesen und die (langsame) Integration in die europäischen Strukturen; die Mittel dazu sind vielfältige Hilfsmaßnahmen, diplomatische Aktivitäten, politische Ratschläge und politische Einmischung, Sanktionen (bis hin zu umfassenden Wirtschaftsembargos) und Befriedungsmaßnahmen durch Militäreinsätze (inklusive aktiver Kriegsführung).

Die Basis der westlichen Politik gegenüber den südosteuropäischen Konflikten ist der Grundsatz der Erhaltung staatlicher Einheit und die

Beibehaltung vorhandener Grenzen zum Zweck der Wiederherstellung von Stabilität und Berechenbarkeit.

Bei der staatlichen Neuordnung des ehemaligen Jugoslawiens kam das Prinzip der Selbstbestimmung dergestalt zur Anwendung, dass – entsprechend dem Gutachten der „Badinter-Kommission“ – die ehemaligen Teilrepubliken als Nachfolgestaaten anerkannt wurden. Ethnisch-nationale sowie kulturelle und religiöse Aspekte wurden dabei nicht berücksichtigt. Da Bosnien und die Herzegowina (BiH) eine Teilrepublik des alten Jugoslawiens war, durfte es nicht geteilt werden. Diesen 1992 anerkannten Staat wollten ursprünglich nur die muslimischen Bosniaken, wegen der bosnischen Kroaten und die bosnischen Serben die von ihnen proklamierte Republik Hercegovina und die serbische Republik Bosnien-Herzegowina gerne an ihre jeweiligen „Mutterländer“, also an Kroatien und Serbien, anschließen hätten.

Die Erhaltung der staatlichen Einheit von BiH hat allerdings den schrecklichen Krieg nicht verhindert, der dann durch westlichen Druck mit dem Friedens-

abkommen von Dayton Ende 1995 vorläufig beendet wurde, was zur Entsendung der IFOR- beziehungsweise SFOR-Truppe führte. Im Gegenteil, die Zwangseinheit war eine der wesentlichen Grundlagen der kriegerischen Auseinandersetzungen.

Das Kosovo wiederum war keine Teilrepublik, sondern eine Provinz Serbiens; deshalb durfte es nicht selbstständig werden. Der Westen hat trotz zahlreicher Warnungen von Jugoslawienkennern das Konfliktpotenzial im Kosovo ignoriert. Erst nach dem Ausbruch bewaffneter Kampfhandlungen gab es die ersten Versuche westlichen Konfliktmanagements. Bis zuletzt in Rambouillet und bis heute wurde und wird aber ein unabhängiges Kosovo nicht akzeptiert. Gerade die Verweigerung der Selbstständigkeit war aber die Ursache des Aufstandes, der wiederum den Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien auslöste.

In beiden Fällen, BiH und Kosovo, war die Anerkennung geografischer Staatsvölker anstatt ethnischer Volksgruppen der Grund (beziehungsweise in BiH der Verstärker) der gewaltsamen Konfliktaustragungen. In beiden Fällen

sind die Konflikte nicht gelöst, sondern nur durch die Anwesenheit starker westlicher Truppenkontingente konserviert; die weitere Konfliktaustragung ist nur aufgeschoben, weil die Konfliktursachen nicht beseitigt sind.

Auch der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ baut auf der Erhaltung der bestehenden multiethnischen Staaten auf und sieht in der Erhaltung Bosniens und Herzegowinas und des neuen Jugoslawiens (mit dem Kosovo) eine Voraussetzung(!) für eine tragfähige Neuordnung auf dem Balkan. Moralisch unterfüttert, anstatt sicherheitspolitisch analysiert wird das Ganze durch die Prinzipien der Nichtakzeptanz ethnischer Trennung und der Homogenisierung gewünschter Staatsgebilde. Es wird sich aber erst noch erweisen müssen, ob es möglich ist, in demokratisch organisierten Ländern Volks- und Religionsgruppen gegen ihren Willen aneinander zu schmieden. Wirkliche Stabilität beruht in demokratischen Ländern auf einem breiten Grundkonsens der Bürger eines Landes, der zumindest die Staatsexistenz positiv erfassen muss. Ist dieser aber in Situationen wie in BiH und

im Kosovo zu erreichen beziehungsweise von außen her erzwingbar? Hat es einen Sinn, Menschen in ein Staatswesen hineinzuzwingen, wenn sie es nicht wollen?

Außerdem sind bislang keine Erfolge für eine wirtschaftliche Erholung der Region zu verzeichnen. In BiH ist trotz enormen Mittlereinsatzes der wirtschaftliche Aufbau nicht gelungen. Die Maßnahmen des Stabilitätspaktes greifen kaum. Bislang ist Kroatien in kein EU-Programm einbezogen, und auch in Zukunft wird Serbien nicht in den Stabilitätspakt einbezogen sein. Wie aber soll sich die Region ohne Einbindung der Hauptkontrahenten erholen können?

Die EU-Politik ist sicherheitspolitisch, ökonomisch und auch humanitär gescheitert, denn der schreckliche Krieg in BiH wurde ebenso wenig verhindert wie die Vertreibungen im Kosovo.

Die Konflikte werden sich ohne Änderung der westlichen Politik irgendwann wieder zuspitzen. Deshalb wird der Westen noch über Jahrzehnte mit großen Truppenkontingenten sowohl in BiH als auch im Kosovo die fragile Ordnung aufrechterhalten müssen. Das wird

aber auf Dauer zu teuer sein, und wenn die NATO ihre Truppen zurückzieht, dann kann man sich schon die Szenarien der Nachfolgekriege in BiH und im Kosovo ausmalen.

Freilich fällt es schwer, eine falsche Politik zu korrigieren, weil man dabei zugibt, dass sie eben verfehlt war. Aber im Sinne der Schaffung dauernder Stabilität für Südosteuropa wird man an den Realitäten nicht vorbeikommen. Um die Konfliktursachen zu beseitigen, sind folgende Maßnahmen unvermeidlich:

Erstens ist über die Selbstständigkeit des Kosovos zu befinden. Das Kosovo und Albanien sollen gemeinsam

entscheiden, ob sie einen gemeinsamen Staat bilden wollen. Gleichzeitig wären kleinere Grenzkorrekturen zwischen Serbien und dem Kosovo vorzusehen und die Rechtsstellung der Albaner in Mazedonien international zu verankern.

Zweitens wäre der serbischen Republik innerhalb des Gesamtstaates BiH die Wahl zu geben, entweder einen unabhängigen Staat zu bilden oder sich Serbien anzuschließen. Auch die bosnischen Kroaten sollten das Recht erhalten, sich Kroatien anzuschließen. Im Rest-BiH wäre die Rechtsstellung der Volksgruppen international zu verankern und diese sowie

die Existenz des Reststaates BiH von der EU zu garantieren. (Auch die Unabhängigkeit des Kosovos wäre natürlich von der EU zu garantieren.)

Hätte es solche einmaligen einschneidenden Maßnahmen schon früher gegeben und wären die erforderlichen Interventionen (wie sie dann später ja doch sowohl in BiH als auch im Kosovo stattfanden) schon früher erfolgt, so hätte man viel menschliches Leid und Zerstörung vermieden. Bei der Beibehaltung der realitätsfremden EU-Politik scheint aber eine spätere Fortsetzung der Dramen vorprogrammiert.

Erich Reiter

Fragwürdiges Signal

„Mehrfach hat der Verteidigungsminister deutlich gefordert, dass sein Etat wieder wachse. Er tat dies in der völlig richtigen Einschätzung, [...] dass Deutschland seine Verpflichtungen im westlichen Bündnis nicht mehr wahrnehmen könne. Bis jetzt freilich ist Scharping in Kabinett und Partei auf taube Ohren gestoßen. [...]

Dies aber führt zur vielleicht heikelsten Frage im Zusammenhang mit dem Weizsäcker-Bericht und der Kontroverse um ihn, nämlich der Signalwirkung nach außen. Da stimmt es schon sehr nachdenklich, dass das Papier ausgerechnet vor der NATO-Frühjahrs-tagung in Florenz in Umlauf kommt, wo die europäischen Bündnispartner einmal mehr mit amerikanischem Unmut über eine Reihe von Irritationen rechnen müssen. In den USA hat man zum Beispiel den jämmerlichen Auftritt der Europäer in den Balkan-Kriegen nicht vergessen, und es herrscht kein Zweifel, dass man das Unvermögen der Europäer, endlich Konsequenzen daraus zu ziehen, mit beträchtlicher Unruhe verfolgt. Auch der Weizsäcker-Bericht gibt keine Antwort auf die Frage, wie Deutschland im Verbund mit seinen europäischen Allianzpartnern diesen Zustand ändern will.“

(Jörg Dedial am 24. Mai 2000 in der Neuen Zürcher Zeitung)